

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

20.10.2018 /19.20-19.50 Uhr
21.10.2018 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Großmanöver in Norwegen – NATO-Speerspitze auf dem Prüfstand
- Überreaktion oder notwendiges Zeichen gegen den Rechtsextremismus? Die Bundeswehr und der Fall des Oberleutnants Franco A.
- Atomwaffenfreies Nordkorea – Wunschdenken der USA?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Bei uns geht es diesmal um folgende Themen:

- Großmanöver in Norwegen – NATO-Speerspitze auf dem Prüfstand
- Überreaktion oder notwendiges Zeichen gegen den Rechtsextremismus? Die Bundeswehr und der Fall des Oberleutnants Franco A.
Und:
- Atomwaffenfreies Nordkorea – Wunschdenken der USA?

In der kommenden Woche beginnt in Norwegen das NATO-Manöver Trident Juncture. An der Übung sind mehr als 40.000 Soldaten beteiligt. Sie ist damit eine der größten der vergangenen Jahre. Auf dem Prüfstand steht in diesem Zusammenhang auch die sogenannte NATO-Speerspitze. Dieser schnelle Eingreifverband wird im kommenden Jahr von der Bundeswehr geführt. Auch deshalb werden knapp 10.000 deutsche Soldaten an dem NATO-Manöver teilnehmen. Die Übung ist daher zugleich ein Test für die NATO-Speerspitze. Was

kann die schnelle Eingreiftruppe und wo liegen ihre Grenzen? Fragen, denen Andreas Dawidzinski nachgegangen ist:

Manuskript Andreas Dawidzinski

Die Vorbereitungen für die Großübung laufen bereits seit Jahren. Norwegen hatte vor vier Jahren die NATO zu diesem Manöver eingeladen. Es wird die größte Militärübung in Norwegen seit Ende der 1980er Jahre sein. Nach der Krim-Annexion durch Russland soll von Trident Juncture ein Signal der Geschlossenheit des Bündnisses ausgehen. Beteiligen werden sich alle 29 NATO-Mitglieder. Ebenfalls eingeladen sind Verbände aus Schweden und Finnland. Es heißt, die Soldaten aus diesen Ländern würden vor allem bei der Feinddarstellung eine Rolle spielen.

Die Leitung des Manövers liegt beim Allied Joint Force Command der NATO in Neapel. Befehlshaber ist der US-Admiral James Foggo. Anfang des Monats verkündete der Offizier stolz, dass sich an der Übung - anders als zunächst geplant - nun mehr als 50.000 Soldaten beteiligen werden. Weil die USA einen Flugzeugträger entsenden:

O-Ton Foggo (overvoice)

„Ich darf Ihnen mitteilen, dass der US-Flugzeugträger Harry S. Truman und seine Kampfflugzeuge und Begleitschiffe an der Übung Trident Juncture teilnehmen werden. Das sind rund 6.000 Soldaten. Damit steigt die Gesamtstärke der Übung von 45.000 auf über 50.000, wenn man das zusammenrechnet.“

Der norwegische Übungsraum ist mehr als 1.000 Kilometer von der russischen Grenze entfernt. Für Luftoperationen soll es einen Mindestabstand von 500 Kilometern zum Nachbarland geben. Mit der Übung will die NATO Russland nicht provozieren. Russische Militärbeobachter sind eingeladen worden. Außerdem soll der freilaufende Teil der Übung ohne vollaufmunitionierte Gefechtsfahrzeuge stattfinden. Gemeinsame Gefechtsschießen wird es im Rahmen von Trident Juncture allerdings geben.

Für den NATO-Befehlshaber Foggo sollen von der NATO-Übung gleich mehrere Botschaften ausgehen:

O-Ton Foggo (overvoice)

„Eine Botschaft ist, dass die NATO die Fähigkeit hat, sich und ihre Mitglieder zu verteidigen. Sie hat die Fähigkeit, jeden Gegner abzuschrecken – nicht einen bestimmten - durch Militäroperationen in allen Regionen des Bündnisgebietes. Und genau das werden wir tun. Die Botschaft ist, dass jede Aggression - von wem auch immer - zu dem Artikel-5-Beistands-Szenario führen wird.“

Der US-Admiral bekräftigte zugleich die zentrale Rolle der NATO-Response Force bei der Übung Trident Juncture. Dieser multinationale Eingreifverband hat einen Umfang von bis zu 40.000 Soldaten. Die sogenannte NATO-Speerspitze ist der Kern dieses Großverbandes. Der offizielle Name: VJTF. Die Abkürzung steht für „Very High Readiness Joint Task Force“. Admiral Foggo:

O-Ton Foggo

„At the core of the exercise is the NATO Response Force and within that, the 5.000 person-plus Spearhead force, otherwise known as the VJTF or the Very High Readiness Joint Taskforce.“

Im kommenden Jahr wird diese NATO-Speerspitze von der Panzerlehrbrigade 9 der Bundeswehr gestellt. Nach Alarmierung sollen knapp 8.000 Soldaten innerhalb von sieben Tagen abmarschbereit sein – verlegebereit an jeden Ort der Welt. Das ist jedenfalls der Anspruch. Neben einem deutschen Kampfverband gehören zu der Truppe auch jeweils ein Gefechtsverband aus Norwegen, den Niederlanden und Frankreich.

Für den Kommandeur der NATO-Speerspitze, Brigadegeneral Ullrich Spannuth, ist die Übung in Norwegen ein wichtiger Test für die Truppe. Im Krisenfall werde alles ähnlich ablaufen:

O-Ton Spannuth

„D.h. Fahrzeuge werden schnell verladen, werden entweder über die Straße oder mit Eisenbahn transportiert. Dafür auch unsere sehr schnellen Abmarsch- und Bereitschaftszeiten. D.h. die ersten Kräfte dieser 8.000-Mann-Brigade - nämlich 1.500 - sind in der Lage, innerhalb von 48 Stunden bis zu 72 Stunden, also 2 bis 3 Tage, schon zu verlegen. Das ist sehr schnell. Und die Hauptkräfte in fünf bis sieben Tagen. Damit stellen wir die Reaktionszeit der NATO sicher. Und im Grundsatz wird das ähnlich laufen wie jetzt in Norwegen. Allerdings dann abhängig vom Einsatzgebiet, ob das über See- oder Luft, Straße oder mit der Eisenbahn geht.“

Für die NATO-Speerspitze ist die Verlegung der rund 2.000 Fahrzeuge, darunter Kampf- und Schützenpanzer, die größte Herausforderung. Das Material der Bundeswehr wird seit Anfang September über Emden nach Norwegen verschifft. Mit 13 Roll-on-Roll-off-Fähren. Ein langer Vorlauf für eine Übung, die Ende Oktober beginnen soll. Die zivilen Fähren mussten zudem lange im Voraus disponiert werden. Bei einer plötzlich auftretenden Krise könnte es daher möglicherweise Wochen und Monate dauern, bis die NATO-Speerspitze ihren Einsatzraum erreichen würde – weil geeignete Transportkapazitäten nicht zur Verfügung stehen. Da hilft es dann auch wenig, wenn die Truppe in ihren Kasernen mit Gerät nach sieben Tagen abmarschbereit ist. Dort könnte sie dann erst einmal festsitzen – im Extremfall für Wochen.

Auf den ersten Blick ist die Verlegung der Soldaten – ohne Gerät – vergleichsweise einfach – durch den Lufttransport. Das war vor einigen Wochen offenbar auch der Plan der Bundeswehr. Der Großteil der deutschen Soldaten werde vom niedersächsischen Militärflugplatz Wunstorf mit dem neuen A400M-Transportflugzeug nach Norwegen fliegen, so war zu hören. 50 A400M-Flüge werde es geben. Zivile Charterflüge seien nicht geplant, hieß es weiter. Aber auch hier wurde die Bundeswehr schnell von der Realität eingeholt.

Die Luftwaffe hat inzwischen zwar 20 A400M-Transportflugzeuge übernommen. Aber mit der Einsatzbereitschaft gibt es immer wieder Probleme. Sie ändert sich täglich. Manchmal ist keine einzige Maschine flugfähig. Bis Mitte der Woche wurden nach Angaben der Bundeswehr lediglich 111 Soldatinnen und Soldaten mit einem A400M-Flug nach Norwegen gebracht. Für die Verlegung der Soldaten sind bisher 44 zivile Maschinen gechartert worden. Die meisten starteten in Hannover. Es gab aber auch Charterflüge von den Flughäfen Berlin, München, Hamburg, Stuttgart und Frankfurt.

Eine weitere Frage ist die Durchhaltefähigkeit der NATO-Speerspitze. Wie lange die Truppe nach einer Verlegung auf sich allein gestellt operieren und kämpfen könnte, ist offen. Der Kommandeur der Speerspitze, General Ullrich Spannuth, gibt sich trotzdem selbstbewusst:

O-Ton Spannuth

„Na, ja, wir werden ersteinmal so lange da bleiben, wie wir gebraucht werden. Und das hängt eben ab von der NATO.“

Voraussetzung ist allerdings, dass der Verband über ausreichend Munition und Betriebsstoff verfügt bzw. entsprechend logistisch versorgt werden kann. Während der Übung Trident Juncture wird diese Fähigkeit allerdings nicht getestet. Sie findet weitgehend ohne scharfe Munition statt. Nach Angaben der Bundeswehr wird nur so viel Munition nach Norwegen gebracht und mitgeführt, wie für das in der kommenden Woche geplante Gefechtsschießen der Brigade benötigt wird.

Dass die Bundeswehr die NATO-Speerspitze stellt, hat Konsequenzen für die anderen Verbände des Heeres. Sie mussten Waffen und Gerät an die „Very High Readiness Joint Task Force VJTF“ abgeben. Insbesondere im kommenden Jahr wird das konkrete Auswirkungen bei der Ausbildung haben. Das räumt der Kommandeur der 1. Panzerdivision, General Jürgen-Joachim von Sandrat, ganz offen ein.

O-Ton von Sandrat

„Das heißt konkret, dass ich es 2019 nicht schaffen werde, bei der Brigade 41 einen Verband in das Gefechtsübungszentrum zu bringen. Sondern ich werde aus allen Bataillonen eine Kompanie nehmen mit dem Gerät und ausbilden können. Und über diese Rotation der Ausbildung von Kompanie zu Kompanie werden wir die Expertise erhalten können, in der Erwartung, dass das Gerät 2020 dann zurückfließt, in der Hoffnung, dass 2023 wir diese Personal- und Materialrochade nicht mehr machen müssen und uns die Politik die Mittel zur Verfügung stellt, dass wir die Brigade, die dann VJTF wird, aus sich heraus aufstellen können.“

Ob das geschehen wird, ist also noch offen. Ab 1. Januar stellt die Bundeswehr offiziell für ein Jahr die NATO-Speerspitze. Für die Soldaten heißt das u.a., es wird keine 41-Stunden-Woche mehr geben. Und auch die Urlaubsplanung wird 2019 schwieriger. Der Kommandeur Ullrich Spannuth:

O-Ton Spannuth

„Wir sagen ihnen: So Urlaub machen, dass ihr innerhalb von z.B. zwei oder drei Tagen wieder zurück sein könnt. Wie immer auch sie das organisieren, wohin sie auch immer fahren. Und ansonsten kann ich immer nur sagen: Deutschland ist ein tolles Urlaubsland.“

* * *

Flocken

Ein Bericht von Andreas Dawidzinski. Das komplette Interview mit General Spannuth können Sie nachhören – auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Themenwechsel.

Der Fall des Oberleutnants Franco A. hat Anfang vergangenen Jahres nicht nur in der Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen. Auch in der Bundeswehr selbst hat er zu schweren Verwerfungen geführt. Schließlich hatte es frühzeitig Hinweise auf die Gesinnung des jungen Offiziers gegeben. Und aus Sicht der Verteidigungsministerin hatten seine Vorgesetzten versagt. Ursula von der Leyen warf der Truppe schließlich ein Haltungsproblem vor. Das wiederum sorgte bei den Soldaten für helle Empörung und hat dazu geführt, dass die Verteidigungsministerin bei vielen Soldaten unten durch ist – bis heute.

Von Franco A. selbst ist inzwischen nur noch wenig zu hören. Der wegen Terrorverdachts zunächst verhaftete Oberleutnant ist seit rund einem Jahr auf freiem Fuß. Inzwischen muss er sich auch nicht mehr bei den Behörden melden.

Zum Fall Franco A. und den Folgen – Christoph Prössl:

Manuskript Christoph Prössl

Es ist ein bizarrer Fall. Ein Bundeswehr-Soldat führte monatelang ein Doppelleben. Franco A. hatte sich als syrischer Flüchtling ausgegeben, stellte einen Asylantrag – mit Erfolg. Dann wurde er mit einer Waffe am Flughafen Wien erwischt. Das war Anfang Februar 2017. Die Ermittler fanden eine Liste mit Namen von bekannten Politikern, vermuteten, dass Franco A. Anschläge geplant hatte. Und dann wurde deutlich: Der Mann war bei der Bundeswehr aufgefallen mit einer rechtsradialen Abschlussarbeit.

Für Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen waren es turbulente Monate im Jahr 2017. In Pfullendorf wurden Soldatinnen gezwungen, an einer Stange zu tanzen, in der Kaserne in Sondershausen erniedrigten Ausbilder Rekruten, dann noch die Meldungen um Franco A.:

O-Ton von der Leyen

„Ich glaube, wir müssen Pfullendorf, sexualisierte Herabwürdigung, Sondershausen, übelste Schikane, und jetzt der Soldat A. mit rechtsextremistischem Gedankengut, von dem wir in den Aufklärungen noch nicht genau wissen, was er plante und ob er ein Netzwerk hatte, das sind alles unterschiedliche Fälle. Aber sie gehören für mich inzwischen zusammen zu einem Muster, dass ich sage, die Bundeswehr hat ein Haltungsproblem, und sie hat offensichtlich eine Führungsschwäche auf verschiedenen Ebenen und da müssen wir konsequent dran gehen.“

Sagte die CDU-Politikerin im Interview mit dem ZDF. Dieser Generalverdacht sorgt für großen Unmut in der Bundeswehr. Später entschuldigte sie sich für die Äußerung.

In den folgenden Monaten ließ von der Leyen viele Konsequenzen ziehen: Kasernen wurden durchsucht, die Wehrdisziplinarordnung sollte überarbeitet werden, der Traditionserlass auch. Und heute? Eineinhalb Jahre nachdem Franco A. festgenommen worden ist und viele Ankündigungen gemacht wurden, ist es still geworden um den Fall Franco A. und die Frage: „wirrer Einzeltäter oder rechtsradikale Bundeswehr“?

Eine Maßnahme, die die Bundeswehr sehr schnell umgesetzt hat, ist die Kontrolle von Soldatinnen und Soldaten, die neu zur Truppe stoßen. Seit dem 1. Juli 2017 wird jeder Bewerber vor der Einstellung durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) überprüft. Und natürlich geht die Bundeswehr mit dem MAD Hinweisen nach, beispielsweise wenn verfassungsfeindliche Symbole gezeigt worden sein sollen oder wenn Personen verbotenen Organisationen angehören sollen. Das gab es natürlich auch schon – wenn es Hinweise gab - vor 2017. Im Zeitraum 2008 bis 2018 wurden 199 Angehörige der Bundeswehr als Rechtsextremisten eingestuft und entlassen. Gegen fünf Personen läuft noch ein Verfahren.

O-Ton Strack-Zimmermann

„Die Truppe hat kein Problem. Es gibt einige, die haben ein Problem, aber es zeigt, dass die Ministerin wie so häufig – das ist die Methode von ihr – ein Problem sieht, einen Schuldigen schnell findet, das große Trommelfeuer abzieht und im Feuer selber in Deckung geht. Das ist bei Franco A. passiert.“

Sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann, verteidigungspolitische Sprecherin der FDP.

Gegen Franco A. läuft das strafrechtliche Verfahren noch vor dem Landgericht Darmstadt. Angeklagt ist er unter anderem wegen Verstößen gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontroll- und Sprengstoffgesetz sowie wegen Diebstahls und Betrugs. Außerdem soll der Oberleutnant aus einer rechtsextremen Gesinnung heraus einen Anschlag auf Spitzenpolitiker geplant haben. Doch das Oberlandesgericht Frankfurt stellte fest, es sei nicht überwiegend wahrscheinlich, dass der Soldat bereits fest entschlossen war, einen Anschlag zu begehen. Könnte also sein, dass Franco A. wegen kleinerer Delikte, nicht aber wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat verurteilt wird. Dann dürfte er trotzdem entlassen werden und einen Teil seiner Bezüge der vergangenen Monate verlieren. So sieht es die Wehrdisziplinarordnung vor. Für Klarheit im Ministerium sollte eine breit angelegte Untersuchung sorgen. Von der Leyen wollte den Kriminologen Christian Pfeiffer beauftragen, zu erheben, wie groß das Problem „Rechtsradikale in der Bundeswehr“ ist. Pfeiffer wollte eine umfassende Befragung durchführen. Doch dazu kam es nicht. Vielleicht, weil Pfeiffer in Interviews drastische Unterstellungen formulierte.

O-Ton Pfeiffer

„Ich rechne damit, dass es Vergewaltigungen gibt, dass es wüste, sexuelle Orgien gibt, wie sie bei Ritualen, wenn ein Neuling kommt, üblich sind.“

Sagte er damals im ZDF. In der Auseinandersetzung zwischen der Ministerin und vielen aufgebrachtten Soldaten vielleicht der falsche Ansatz – vor allem, weil die aktuellen Zahlen den Generalverdacht nicht belegen.

Auf Anfrage teilte das Ministerium mit, das Projekt mit dem Kriminologen Pfeiffer werde in dieser Form nicht weiter verfolgt. Studien zu Extremismus innerhalb und außerhalb der Bundeswehr würden regelmäßig durch das Zentrum für

Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr erstellt. Außerdem gibt es den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, an den sich Soldatinnen und Soldaten mit Hinweisen oder Beschwerden wenden können. Er erstellt jährlich einen Bericht, in dem zum Beispiel auch Themen wie Extremismus aufgegriffen werden.

Nach dem Fund von Wehrmachtsandenken in einer Kaserne ließ der Generalinspekteur der Bundeswehr, damals Volker Wieker, alle Kasernen und Liegenschaften durchsuchen. Kommandeure nahmen Aufenthaltsräume in Augenschein, Vorgesetzte ließen sich den Spind zeigen. Viele Soldatinnen und Soldaten nahmen die Maßnahme als Vertrauensbruch und als völlig überzogen wahr. Ende Mai 2017 das Ergebnis: die Bundeswehr listete rund 400 Militärandenken auf, darunter aber auch Panzermodelle, Säbel und Schwerter aus Vitrinen – längst nicht alle Gegenstände mit Bezug zur Wehrmacht. Es folgte eine Debatte um den Umgang mit solchen Stücken, die historische Einordnung. Von der Leyen ließ in der Folge der Ereignisse des Frühjahres 2017 noch den Traditionserlass anpassen. Diese Vorgabe regelt den Umgang mit Tradition und Brauchtum, definiert, welche Personen Vorbilder sein können und war zuletzt 1982 überarbeitet worden. Im neuen Text heißt es, zentraler Bezugspunkt der Tradition der Bundeswehr sei ihre eigene, lange Geschichte und die Leistung ihrer Soldatinnen und Soldaten. Professionelles Können alleine reicht demnach nicht mehr. Für viele Liegenschaften bedeutet das: Die Verantwortlichen müssen sich mit Namensgebern auseinandersetzen, Exponate einordnen, Standorte umbenennen.

Der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, Tobias Lindner, wollte vom Ministerium wissen, welche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Traditionserlass ergriffen worden sind und reichte eine schriftliche Frage ein.

O-Ton Lindner

„Ich lobe ja selten das Verteidigungsministerium, aber an der Stelle bin ich mit der Antwort zufrieden. Der Hintergrund meiner Frage war, dass ich so ein bisschen die Sorge hatte, dass der neue Traditionserlass, so sinnvoll er ist, ja erst einmal nur ein Stück Papier ist und noch nichts in den Köpfen ändert. Deswegen wollte ich wissen: wie setzen eigentlich die einzelnen Organisationsbereiche und Teilstreitkräfte den Erlass um.“

Aus der Antwort des Ministeriums auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Lindner geht hervor, was beispielsweise die Luftwaffe umsetzt oder umgesetzt hat: die Kommandeure sollten dem Inspekteur ihre Gedanken zur Traditionspflege in der Luftwaffe und im Verband schildern. Es gab einen Vortrag bei der Spießtagung – also dem Treffen der Kompaniefeldwebel - mit anschließender Diskussion. Bei der 6. Militärhistorischen Tagung sprachen 300 Teilnehmer über das Thema, ein Tagungsband wurde erstellt. Es gab regionale Tagungen, die Internetseite wurde überarbeitet. Traditionslinien sollen definiert, Ausbildungsinhalte angepasst werden. Ähnliche Maßnahmen bei der Marine, der Streitkräftebasis und beim Sanitätsdienst. Lediglich das Heer nannte nur eine Maßnahme, wie man den Traditionserlass bisher umgesetzt habe. Lindner sagt, da müsse man noch mal nachfragen.

Fazit?

O-Ton Lindner

„Also ich glaube im konkreten Fall Franco A. war es gut, dass die Ministerin so konsequent gehandelt hat und dass sie es auch zum Anlass genommen hat, den Traditionserlass zu überarbeiten.“

So Tobias Lindner von den Grünen. Nach ihrem Interview im ZDF – Stichwort „Haltungsproblem“ - hätte sie allerdings früher feststellen müssen, dass dieser Generalverdacht falsch war.

Und Franco A.? Offiziell ist er weiterhin Soldat. Seinen Dienst darf er allerdings zurzeit nicht ausüben. Nach einer möglichen Verurteilung droht ihm die Entlassung aus der Bundeswehr.

* * *

Flocken

Christoph Prössl berichtete.

Nordkorea ist die jüngste Atommacht. Nach wiederholten Raketenstarts und Atomtests bestand noch vor kurzem die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung, bei der möglicherweise auch Atomwaffen eingesetzt worden wä-

ren. US-Präsident Trump und der nordkoreanische Machthaber hatten den Konflikt durch gegenseitige Beleidigungen und Drohungen noch zusätzlich angeheizt. Doch dann die Wende. Im Juni dieses Jahres trafen sich Trump und Kim Jong Un schließlich zu einem Gipfel in Singapur. In dem dürren Abschlussdokument wurde schließlich die Denuklearisierung des Landes angekündigt. Doch viel ist seitdem nicht passiert. Fortschritte - bisher Fehlanzeige. Was also tun? Über die Konfliktlage und mögliche Lösungswege haben in der vergangenen Woche Experten in Hamburg auf einer Tagung des „Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit“ beraten. Axel Schröder hat die Konferenz beobachtet:

Manuskript Axel Schröder

Über wie viele Atomsprengköpfe Nordkorea tatsächlich verfügt, wie viele Trägerraketen das Land hat, um diese verschießen zu können, darüber gibt es nach wie vor keine genauen Zahlen. Alle Angaben sind Schätzungen, die auf der Auswertung von Satellitenbildern der nordkoreanischen Atomanlagen und auf der Aufzeichnung von seismischen Messungen beruhen. Dass das Land über Atom-, vielleicht sogar Wasserstoffbomben verfügt, sei aber unbestritten, bekräftigt der Konfliktforscher Götz Neuneck auf der Tagung des „Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit“, kurz: „WIFIS“:

O-Ton Neuneck

„Die Nukleartests haben gezeigt, dass Nordkorea in der Lage ist, einen nuklearen Sprengsatz zu zünden. Die Sprengstärken waren in den ersten vier Fällen nicht riesig, sondern immer in der Höhe eines Hiroshima-Typs, also 15 Kilotonnen. Das schwankt. Der letzte Test hat allerdings eine Zerstörungswirkung von umgerechnet 100 Kilotonnen. Das Sechs-, Sieben-, Achtfache von dem, was man vorher hatte. Und das war doch eine erstaunliche Steigerung, die relativ plötzlich auftritt.“

Und dies sei ein Hinweis auf eine Wasserstoffbombenexplosion, so Neuneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Zwei Urananreicherungsanlagen soll es in Nordkorea geben, in denen der Stoff für die Bombe produziert wird.

O-Ton Neuneck

„Und da sind die Schätzungen so, dass man sagt: 'Vielleicht hat Nordkorea insgesamt 20 bis 30 Spaltbomben, vielleicht noch ein paar Wasserstoffbomben mit größerer Sprengkraft.' Aber auch das sind Extrapolationen und genau weiß man das nicht.“

Die beobachteten Raketentests ließen darauf schließen, dass die atomare Bedrohung durch Nordkorea für den pazifischen Raum, möglicherweise sogar für die Vereinigten Staaten, real sei, sagt Neuneck. Bisher fehlen allerdings gesicherte Erkenntnisse darüber, ob die nordkoreanische Langstreckenraketen tatsächlich schon mit Atomsprenköpfen bestückt werden können. Auf der Wissenschaftler-Tagung wurde diskutiert, wie eine Denuklearisierung Nordkoreas erfolgen könnte, welche Interessen die USA, Südkorea und China verfolgen und welche Probleme diesem Vorhaben entgegenstehen. – Die weitverbreitete Kritik, dass es beim Gipfeltreffen zwischen Donald Trump und Kim Jong Un in Singapur nur um eine folgenlose Medieninszenierung gegangen sei, träfe nicht zu, erklärte Eric Ballbach von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik SWP. Kleine, wenn auch reversible Fortschritte wie der Verzicht Nordkoreas auf neue Atom- und Raketentests und die Einstellung US-amerikanischer Manöver seien immerhin erreicht worden.

O-Ton Ballbach

„Es ging im Grunde genommen hier darum, überhaupt erstmal wieder miteinander ins Gespräch zu kommen. Und gerade mit einem autoritären Land wie Nordkorea ist es eben auch kein schlechter Gedanke, sozusagen oben anzufangen. Denn oben sitzen die Entscheidungsträger. Auf dritter Ebene wird nichts mehr entschieden. Es wird nicht zu einem großen ‚Grand Bargain‘, zu einem großen Wurf, jetzt kommen, in dem sozusagen in einem Schritt, in einem großen politischen Deal dieses massive Misstrauen abgebaut werden kann und eben auch dieser technologisch ja auch sehr komplexe Prozess einer Denuklearisierung hier in einem Wurf realistisch abgearbeitet werden kann.“

Dazu seien die Interessen Nordkoreas und die der beteiligten Großmächte einfach zu unterschiedlich. Vor allem sei nach wie vor offen, auf welche Schrittfolge sich die Parteien einigen können: geht es nach Kim Jong Un, sollen erst die Sanktionen gelockert werden, bevor die ersten Schritte zu einer atomaren Abrüstung unternommen werden. Die US-Amerikaner beharren auf der umgekehrten Reihenfolge, auf einer, wie die Experten sagen, anderen „Sequenzierung“. Außerdem sei im frühen Stadium der Gespräche - wie bereits bei frühe-

ren Verhandlungen - noch völlig unklar, wie die Abrüstung überhaupt kontrolliert werden soll. Eric Ballbach:

O-Ton Ballbach

„Wir haben das bereits 2008 gesehen: am Ende sind die Sechs-Parteien-Gespräche 2008 über genau diese Frage der Verifikation, über die man keine Einigung erzielen konnte, zusammengebrochen. Das zeigt: es gibt mehrere Fallstricke: die Sequenzierung. Wir könnten hier auch noch die Synchronisierung der verschiedenen Beziehungen der involvierten Staaten mit Nordkorea nennen. Vieles davon geht am Ende auf mangelndes Vertrauen zurück. Und eben auf die Tatsache, dass in Korea eben kein faktisches Friedensregime etabliert wurde.“

Vor diesem Hintergrund sei es aber ein positives Zeichen, dass abseits der Verhandlungen mit den USA, zwischen Nord- und Südkorea allein in diesem Jahr schon drei Gipfeltreffen stattgefunden haben, dass einzelne Wachposten an der hochmilitarisierten Pufferzone am 38. Breitengrad abgebaut und alte Gesprächskanäle reaktiviert wurden. In 30 verschiedenen Formaten werden auf unterschiedlichen Ebenen nach Schritten zu einem Abbau der Spannungen gesucht, so Eric Ballbach.

Weniger offen, aber immer im Hintergrund, ist die chinesische Führung in die Lösung der Nordkorea-Frage involviert. Im Vorfeld des Singapur-Gipfels im Juni hatte Kim Jong Un Gespräche in Peking geführt. Wie eng China eingebunden ist, zeigte sich schon daran, dass der nordkoreanische Machthaber seine Reise zum Gipfel in Singapur in einer chinesischen Regierungsmaschine antreten durfte. Die chinesische Regierung hat ohne Zweifel eigene Interessen in dem Konflikt. Sven Gareis, China-Kenner von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, geht allerdings davon aus, dass ein langfristiger politischer Wandel auf der koreanischen Halbinsel für Peking nicht das entscheidende Problem wäre:

O-Ton Gareis

„Ich glaube, es geht dabei weniger um die Frage, wie die politische Verfasstheit eines wiedervereinten Koreas sich darstellen würde. China ist, was den Umgang mit Demokratien angeht, sehr pragmatisch. Man kann mit Demokratien umgehen, man kann mit autoritären Regimen umgehen. Chinas Besorgnis ist, dass dieses Korea dann ein Verbündeter der Vereinigten Staaten werden könnte und dass damit eben der amerikanische Einfluss sich dann tatsächlich bis an die chinesische Grenze ausdehnen würde. Und das ist eigentlich das

Problem - weniger die mögliche Staatsform. Man unterhält ja mit Südkorea exzellente Beziehungen. Und das ist ja eine mittlerweile gut etablierte und reife Demokratie.“

Die entscheidende Frage bleibe aber, ob Kim Jong Un überhaupt bereit sein wird, seine Atomwaffen, seine sogenannte „Lebensversicherung“ gegen einen gewaltsamen von außen herbeigeführten Regimewechsel, wirklich abzugeben. Zweifel sind angebracht, so Eric Ballbach von der Stiftung Wissenschaft und Politik:

O-Ton Ballbach

„Eine grundlegende Lösung der Nuklearfrage wird nur gelingen, wenn wir über Sicherheitsfaktoren hinaus uns auch bewusst machen, dass für Nordkorea weitere Faktoren wie Identität, wie Prestige, wie Einflussgewinn ebenfalls mit in diese Gleichung spielen. Und insofern muss auch die Lösung entsprechend breit ausgelegt sein, sprich: Nordkorea braucht am Ende eine überzeugende Sicherheitsgarantie der internationalen Gemeinschaft. Ob das derzeit gelingen kann, in Zeiten, in denen ein Iran-Abkommen eben sehr schnell nach langen Jahren der Verhandlungen aufgekündigt wurde und diese Situation völlig auf den Kopf gestellt wurde, ist eine andere Frage.“

Dass der Prozess der Denuklearisierung überhaupt in Gang kommt, sei aber keineswegs ausgemacht. So sieht es jedenfalls Josef Braml von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Der USA-Experte hält - wie viele andere Fachleute - eine militärische Option für unrealistisch. Selbst im Falle von militärischen Präventivschlägen gegen die nordkoreanischen Atomanlagen würden die Streitkräfte des Landes auch weiterhin selbst für die mehrere tausend Kilometer auf Guam stationierten US-amerikanischen Soldaten eine ernste Gefahr darstellen. Für Braml wird Pjöngjang weiterhin in der Lage sein, militärisch zurückzuschlagen:

O-Ton Braml

„Man weiß, dass Nordkorea eine Zweitschlagskapazität hat. Aus diesem Grund hat dieses Regime eine Überlebensgarantie. Und wird sich davor hüten, das zu machen, was Gaddafi gemacht hat: nämlich seine Kapazitäten aufzugeben. Es hat sich nach Nordkorea rumgesprochen, dass Gaddafis Zelt nicht mehr steht. Die werden ihre Nuklearkapazitäten nicht aufgeben, weil sie ihre Lebensversicherung nicht preisgeben.“

Ob es letztlich möglich sein wird, Kim Jong Un durch diplomatische Bemühungen, durch umfassende Sicherheitsgarantien und Wirtschaftshilfen davon zu überzeugen, nuklear abzurüsten oder nicht, - in dieser Frage bestand unter den Teilnehmern der Wissenschaftler-Tagung in Hamburg keine Einigkeit. Wohl aber darüber, dass Nordkorea auch nach einer erfolgreichen, womöglich Jahrzehnte dauernden vollständigen Denuklearisierung, auch mit seinen verbliebenen Waffen, mit biologischen und chemischen Kampfstoffen, ein gefährlicher Akteur in der Region bleiben wird.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Axel Schröder. Mehr zum Nordkoreakonflikt auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte. Dort finden Sie auch die Interviews mit Götz Neuneck und Eric Ballbach.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen, ebenballs unter ndr.de/streitkraefte. Über diese Adresse können Sie auch den Newsletter unserer Sendereihe abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.